

Mittwochspalte 11. Oktober 2017

Bei Gewerbe erst verdichten

Der Gemeinderat hat letzte Woche fast einstimmig beschlossen, im neuen Flächennutzungsplan (FNP) 10 Hektar weitere Gewerbeflächen auszuweisen: Eine Chance für hier ansässige und hier entstehende Betriebe! Wichtig ist uns AL/Grünen die Hürde: Unser Antrag, die bestehenden innerstädtischen Gewerbeflächen nachzuverdichten, also intensiver zu nutzen, bevor neue Gebiete bebaut werden, fand eine Mehrheit im Gemeinderat. Sehr gut, denn wir wollen möglichst wenig freie Flächen opfern!

Wo sollen nun die neuen Gewerbegebiete sein? Beim Au-Brunnen, auf den Traufwiesen, am Schelmen bei Weilheim oder auf den Kiesäckern westlich vom Bahnbetriebswerk? Wer auf den Stadtplan guckt, würde das Gebiet Au-Brunnen zwischen Bahnlinie und B 27 als sehr günstig identifizieren.

Aber es ist ein Wasserschutzgebiet (WSG)! Wenn man es verkleinert, kann der Brunnen nur noch als Notbrunnen dienen. Ist das vertretbar oder nicht? Und was wäre die Alternative?

Wir AL/Grüne wollten auch Letzteres wissen. Die genaue Bewertung des Gebiets Schelmen lag dem Gemeinderat erst nach der Sommerpause vor. Demnach könnte man das Gewerbegebiet Schelmen um bis zu 10 Hektar nach Osten erweitern; dabei würde der Landgraben nach Osten verlegt und renaturiert. Auch dagegen gibt es Einwände. Wir haben sie gehört, haben die Argumente abgewogen. Nun sprechen wir AL/Grüne uns für den Erhalt des WSG Au-Brunnen aus und damit trotz aller Bedenken für die Option Schelmen.

Die Kiesäcker sind heute landwirtschaftlich genutzt, aber im jetzigen FNP als Gewerbegebiet dargestellt. Wir AL/Grüne wollen, dass sie im neuen FNP als Fläche für Landwirtschaft ausgewiesen werden. Das wird im Gemeinderat noch Thema sein.

Warum noch 5000 zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger befragen, wenn sich im Gemeinderat eh eine Entscheidung zum Erhalt des WSG Au-Brunnen abzeichnet? Es ist uns enorm wichtig zu erfahren, wie die Menschen in unserer Stadt zu dieser schwierigen Frage stehen. Bürgerbeteiligung ist uns ein Anliegen!

Deshalb haben wir auch für die Einführung einer „Bürger-App“ gestimmt. So wie es aussieht, wird Tübingen die erste Stadt in Deutschland sein, die Bürgerbefragungen per Smartphone möglich macht.

Susanne Bächer
Stadträtin AL/Grüne Tübingen